Gewissen

Zehnter Jahrgang Nr. 40

Berlin, Sonntag, 30. Sept. 1928

Herausgeber: Heinrich von Gleichen. Verantwortlich für die Schriftleitung: Friedrich Vorwerk. Verlag: Schriftenvertrieb des Ringes, Berlin W 8, Pariser Platz 3. Druck: Industrie- u. Handels-Druckerei Hermann Scharf, Berlin SO 36, Dresdener Str. 15. Das „Gewissen" erscheint wöchentlich am Sonntag. Bezugsbedingungen: Im Inland: Durch die Post monatlich 1.— RM., durch den Verlag (nur Jahresabonnement) 12.— RM. Im Ausland: Durch den Verlag unter Streifband vierteljährlich 3.75 RM., Jahresabonnement 15.— RM. Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die neue Entente

Wie aus den rasch aufeinander gefolgten Ereignissen in der großen Politik geschlossen werden kann, ist eine gewisse Konsolidierung der bisher labilen Beziehungen unter den Mächten eingetreten, sodaß fortab mit größerer Gewißheit über die außenpolitische Weltlage gesprochen werden kann. Wir müssen, wenigstens solange als die gegenwärtige konservative Regierung in England am Ruder bleibt, mit der englisch-französischen Entente, die durch das Rüstungsabkommen wiederhergestellt wurde, als einer feststehenden Tatsache rechnen. Ueber das Ausmaß der Abreden zwischen England und Frankreich ist noch nicht alles bekannt geworden. Wir kennen nur das Schreiben Briands an die auswärtigen Vertreter Frankreichs, das Auskunft gibt über Einzelheiten des englisch-französischen Marineabkommens. Aber aus der Kritik der englischen Presse ergibt sich, daß neben dem Marineabkommen auch ein Luftabkommen geschlossen sein muß. Danach verzichtet Frankreich auf die Errichtung von Lufthäfen am Kanal und stellt England die französischen Lufthäfen längst der deutschen Grenze für den Fall zur Verfügung, daß es zu einem Luftangriff deutscherseits auf London kommen sollte. Die Gegenleistung Englands soll im Marineabkommen zu finden sein, in der Aufhebung von Beschränkungen im französischen U-Boot-Bau. — Uns Deutschen scheinen derartige Kombinationen, da wir uns gar nicht mehr in die Lage hineindenken können, daß wir, entwaffnet wie wir sind, Englands Sicherheit zur Luft bedrohen könnten, völlig irreal. Vielleicht sind die Formulierungen des englisch-französischen Abkommens auch nur Verschleierungen für die politische Entente, die eben darin bestehen würde, daß England nunmehr Frankreich freie Hand auf dem Kontinent läßt dafür, daß es selbst in seiner Seeherrschaft anerkannt wird. Daß die Entente politischen Charakter hat und sich — von England aus gesehen — gegen Amerika — von Frankreich aus gesehen — gegen Deutschland und alle Widersacher der französischen Hegemonie richtet, dafür sind die obenerwähnten rasch auf einander gefolgten Ereignisse, wie die Ankündigung des sogenannten Abrüstungsabkommens, die gegen England und Frankreich gerichtete Politik Kelloggs seit der Unterzeichnung des Kriegsächtungspaktes, die Briand-Rede und Lord Cushenduns Zusammenarbeit mit der französischen Delegation in Genf, demonstriert vor allem durch die Beschlüsse der Sechs-Mächte-Konferenz über Räumung, Sicherheit und Reparationen und endlich durch die Resolution zur Abrüstungsfrage, ein indirekter, aber überzeugender Beweis.

Wenn man also mit der englisch-französischen Entente als gegebener Tatsache rechnen und in ihr das Zentrum der europäischen Politik sehen darf, so müssen außenpolitische Kombinationen, etwa über das Verhältnis der Mächte der Kleinen Entente oder über die deutsch-italienischen Beziehungen, ja auch über die deutsch-amerikanischen Beziehungen, in erster Linie an dieser Tatsache auf ihre Wahrscheinlichkeit hin geprüft werden Bei dem deutsch-französischen Gegensatz, der wieder zu einer offenen Wunde geworden ist, möchte es dem sogenannten gesunden Menschenverstand wahrscheinlich dünken, daß sich zwischen Deutschland und Amerika engere Beziehungen ergeben könnten. Dabei vergißt man aber, wie furchtbar der Block der wiederhergestellten Entente auf Deutschland drückt und wie gering die Widerstandskraft der deutschen Außenpolitik ist. Wie die Genfer Beschlüsse zeigen, kommt die deutsche Außenpolitik mehr und mehr in Gefahr, ins Schlepptau der Ententepolitik gegen Amerika genommen zu werden: und es ist zu fürchten, daß es anderen Staaten, die der französischen Hegemonie widerstreben, nicht anders gehen wird. So muß zum Beispiel Bulgarien, das eben noch Versuche machte, durch Anlehnung an Italien eine gewisse Selbständigkeit zu gewinnen, wohl oder übel dem vereinten englisch-französischen Druck sich beugen und auf Verhandlungen über einen bulgarisch-jugoslawischen Ausgleich sich einlassen. Die Kooperation Englands und Frankreichs auf dem Balkan beweist übrigens wiederum, daß die englisch-französische Entente umfassender politischer Natur ist.

Die einzige europäische Macht, die nicht ohne weiteres sich der von England geförderten Kontinentalhegemonie Frankreichs unterwerfen dürfte, ist Italien. Freilich hat Italien die Hand zu der Politik geboten, durch die Deutschland in Genf übertölpelt worden ist. Aber vielleicht hätte auch ein italienischer Widerstand gegen die französische Weiterführung der Locarno-Politik nichts geholfen, vielleicht ist es besser, daß Italien an den Sechs-Mächte-Konferenzen über Räumung, Sicherheit und Reparation beteiligt ist; eine mutige deutsche Außenpolitik könnte diesen Umstand jedenfalls zu ihrem Vorteil ausnutzen. Freilich gehört dazu eine definitive Klärung der deutsch-italienischen Beziehungen, die durch die Südtiroler Frage immer wieder gestört

werden. Daß Italien seinen eigenen Weg fortsetzen wird, dafür zeugt der Abschluß des italienisch-griechischen Freundschaftsvertrages mit dem feierlichen Empfang des griechischen Ministerpräsidenten Venizelos, der einst ein so fanatischer Parteigänger Frankreichs gewesen ist. Italien schwebt offenbar ein Mittelmeerblock unter seiner Führung vor; in dieser Richtung wird es das Verhältnis zwischen Griechenland und der Türkei auszubauen suchen. Wenn Mussolini Erfolg hat, kann seine Mittelmeerpolitik England auch in Aegypten sehr unbequem werden.

Die Möglichkeiten, die Deutschland in der Außenpolitik trotzdem noch hat, können leider nicht absolut gewertet werden, man kann darüber nur im Zusammenhang der deutschen Innenpolitik sprechen. Die Opposition ist in außenpolitischer Hinsicht erfreulich lebhaft und, wie die gemeinsame Tagung von D. N. V. P. und Stahlhelm beweist, auch einheitlich und einmütig geworden; daß dabei der Stahlhelm die Initiative hat, kann angesichts der Krisen innerhalb der D. N. V. P. und bei der Hoffnungslosigkeit der parteipolitischen Bemühungen nur begrüßt werden. Wir hoffen nur, daß der Opposition auch klar geworden ist, um was es heute eigentlich geht, nämlich nicht um die Beendigung einer ergebnislos gebliebenen Politik von Locarno, sondern um Widerstand gegen die Fortsetzung einer Locarno-Politik, wie Frankreich sie versteht und sie uns aufzwingen will. Dieser Widerstand kann nur entwickelt werden, wenn die Opposition auch weiß, was sie positiv will und was man positiv erreichen kann. Man wird gegen die neue Locarno-Front der wieder geschlossenen Entente nicht ankämpfen können, wenn man zugleich in der Reparationsfrage eine Haltung einnimmt, als ob Amerika überhaupt nicht auf der Welt wäre. Oder wenn man zugleich die Beziehungen Deutschlands zu Italien als eine *quantité négligeable* behandelt. Dieser Hinweis zur Positivierung oppositioneller Außenpolitik scheint uns auch deswegen nötig, weil die parallellaufenden Akte der Opposition auf dem Gebiete der Innenpolitik gerade in ihrem positiven Teil wenig realpolitisch sind. Noch ist nicht bekannt, welche konkreten Verfassungsänderungen durch Volksentscheid angestrebt werden. Davon wird wesentlich abhängen, ob der geforderte Volksentscheid eine Mehrheit der Wahlberechtigten zusammenbringt. Wenn das nicht gelingt, dann ist viel verloren, dann ist das parlamentarische System neu gestärkt. Aehnlich liegt es in der Außenpolitik. Wenn hier versäumt wird, einen Widerstand gegen die Locarno-Front der Entente realpolitisch zu unterbauen, dann wird der Locarno-Sieg Frankreichs vollständig sein und dann werden auch andere Politiker als Hermann Müller, wenn sie das Staatsruder in die Hand bekommen sollten, zur knechtischen Erfüllung der Locarno-Verträge nach französischen Wünschen gezwungen sein. Unterstützung und Sicherung der vom Stahlhelm eingeleiteten Aktion ist deshalb unerläßlich.

Die politische Woche

Eine Bundesvorstandssitzung des Stahlhelm beauftragt die Bundesleitung, ein Volksbegehren nach Aenderung der Verfassung herbeizuführen. — Der „Sozialdemokratische Pressedienst" charakterisiert das vom Stahlhelm vorbereitete Volksbegehren dahin, daß die Volkssouveränität wieder ersetzt werden solle durch das Autoritätsprinzip. — Der ehemalige Reichskanzler Dr. Luther legt sein Mandat als Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn nieder, um die Reichsregierung der Notwendigkeit zu entheben, eines der auszulosenden Mitglieder durch eine von der preußischen Regierung ernannte Persönlichkeit zu ersetzen.

★

Die amerikanische Presse ist in der Lage, eine Anweisung der französischen Regierung an ihre Auslandsvertreter betreffend Geheimabmachungen zwischen Paris und London zu veröffentlichen. — In der englischen Presse wird als Begründung für Chamberlains Außenpolitik angegeben, daß sich in den letzten Jahren die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland immer mehr gebessert hätten und als einziger Konfliktstoff die Rheinlandbesetzung übrig geblieben sei, aus dem sich England heraushalten wolle.

★

In Klausenburg hat Pilsudski auf seiner Reise nach Bukarest eine Unterredung mit dem rumänischen Kriegsminister. — In der deutschen Presse werden die zahlreichen Gewaltmaßnahmen polnischer Behörden gegen die deutsche Bevölkerung dahin kommentiert, daß mit ihnen bewußt eine Störung der deutsch-polnischen Vertragsmaßnahmen beabsichtigt sei, weil der Warschauer Regierung an vertraglichen Bindungen mit Deutschland nichts liege.

★

In Südtirol beginnen die italienischen Behörden mit der Veröffentlichung einer Liste von zwangsweise italienisierten Namen. — Im Genfer Völkerbundsrat beantwortet der Vertreter Polens die deutsche Beschwerde wegen Schließung von sechs deutschen Schulen in Oberschlesien mit der Behauptung, daß der polnischen Regierung das Los der Kinder polnischer Staatszugehörigkeit ohne Rücksicht auf die sprachliche Zugehörigkeit am Herzen liege und daß der deutsche Vertreter mit seinen Wünschen nur störend wirke. — Die belgische Regierung läßt amtliche Pressemeldungen dementieren, laut denen sie beabsichtigt, an der Rheinlandbesetzung nicht mehr teilzunehmen.

★

Nach Mitteilungen der Pariser Presse sind in den französischen Haushalt 1300 Millionen Franken für den Ausbau des Luftheeres eingesetzt. — Nach Genfer Meldungen beabsichtigt China aus dem Völkerbund auszuscheiden, und zwar unter Hinweis darauf, daß diesem die beiden größten Staatengebilde, Amerika und Rußland, nicht angehören. — Auf der Kuomintangkonferenz in Nanking wird General Tschangkaischek zum Staatspräsidenten des geeinten Chinas bestimmt.

★

In Great Yarmouth wird der Parteitag der englischen Konservativen eröffnet, in dessen Mittelpunkt die Frage des verstärkten Schutzes der heimischen Industrie stehen wird. — In Argentinien kommt es zu innenpolitischen Konflikten durch die Versuche des Abgeordnetenhauses, die privaten Petroleumgesellschaften zu verstaatlichen. — Nach Bukarester Meldungen läßt Prinz Carol erneut ein Manifest verteilen, in dem er sein Regierungsprogramm entwickelt und kundgibt, daß er auf den Ruf seines Volkes warte.

★

In München wird die internationale christliche Gewerkschaftstagung eröffnet, die zum ersten Male nicht von Italien beschickt ist, da es dort Gewerkschaften nicht mehr gibt. — In Deutschland enthebt das Zentralkomitee der K. P. D. den Parteivorsitzenden Thälmann bis auf weiteres seiner Funktionen und schickt ihn nach Moskau, wo er sich vor Stalin verantworten soll.

Gefahrenpunkte der deutschen Minderheitenpolitik

Von Max Hildebert Boehm

Die Erschütterung der bisherigen Grundlagen der deutsch-französischen Beziehungen durch die diesjährige Völkerbundstagung hat für das allgemeine Bewußtsein die Tatsache in den Hintergrund gerückt, daß neben Räumung, Abrüstung und Reparation auch die Minderheitenfrage in den Mittelpunkt der internationalen Erörterung gerückt ist. Vergegenwärtigen wir uns kurz den Sachverhalt. Der holländische Außenminister Jonkheer Belarts van Blokland hat sich zum Verfechter einer Forderung gemacht, die auf der Juli-Tagung der Völkerbundsligen-Union im Haag formuliert und vom Genfer Nationalitätenkongreß im August aufgenommen worden war und die sich auf die Schaffung einer ständigen Minderheitenkommission beim Völkerbund richtet. Nicht nur die Person und Stellung des Sprechers, sondern auch die Tatsache seiner praktischen Erfahrung im Rahmen des berühmten Dreierkomitees beim Völkerbund, das von Fall zu Fall zur Prüfung der vorliegenden Minderheitenbeschwerden zusammentritt, gab diesen Ausführungen zweifellos ein starkes Gewicht, das in der Tagung deutlich empfunden und anerkannt wurde.

Eine hochpolitische Wendung erhielt die Frage durch die Rede des deutschen Reichskanzlers. Gerade weil das Schwergewicht seiner Ausführungen an anderen Punkten lag, wurde durch ihn das Minderheitenproblem in den Gesamtrahmen der europäischen Neuorientierung hineingezogen. Vielleicht mag das bis zu einem gewissen Grade entschuldigen, daß Müllers Behandlung dieser Spezialfrage außerordentlich matt und unbestimmt blieb. Von einem inneren Verständnis für die Fragestellungen, die gerade das deutsche Denken und die deutsche Praxis in den Grenz- und Außengebieten dem Nationalitätenproblem abgerungen haben, war nichts zu spüren. Hier blieben nicht, wie in der folgenden Rede von Seipel, gewisse Dinge mit Bewußtsein unausgesprochen, sondern es fehlte diesen problemfernen Bemerkungen sichtlich an inneren Beziehungen zum Gegenstand. Mit der naheliegenden Erklärung, daß es in der deutschen Sozialdemokratie überkommenermaßen an jeder Atmosphäre fehlt, durch die ein solches Verständnis bedingt sein müßte, ist dieses Versagen noch nicht entschuldigt.

Die kluge Rede des österreichischen Bundeskanzlers Seipel zeigte dagegen einen Staatsmann, der aus altösterreichischer Erfahrung und aus persönlicher Denkarbeit, die seinem aktiv-politischen Wirken vorausgegangen ist, ein wirkliches Wissen um die in Frage stehenden Dinge mitbringt. Der Kenner, der auch die leise anklingenden Untertöne hört, darf das diplomatische Geschick bewundern, mit dem Seipel gleichsam im Schatten der unausgesprochenen Südtiroler Frage und anderer ihm innerlich durchaus gegenwärtiger Sonderprobleme an die entscheidenden Punkte rührte; und der Realist, der die schwache Machtgrundlage des österreichischen Sprechers nicht aus dem Auge verliert, wird sich nicht wundern, daß am Schluß eine elegante Wendung das Gespräch ins bloß Theoretische zurückgleiten ließ, unter welcher Deckform freilich durchaus konkrete Dinge zur Sprache gebracht worden waren.

Nicht ungeschickt griff, nachdem auch der Schweizer Motta sich für eine Weiterentwicklung des völkerbundlichen Minderheitenschutzes ausgesprochen hatte, der polnische Außenminister Zaleski einen Punkt der Seipelschen Rede auf, um ihm freilich einen politisch durchaus entgegengesetzten Sinn zu geben. Wenn Seipel von der Notwendigkeit einer allgemeinen Anwendung der minderheitenrechtlichen Grundsätze auch bei den Staaten sprach, die keine völkerrechtlichen Verpflichtungen dieser Art auf sich genommen haben, dachte er selbstverständlich an Italien und Südtirol. Indem Zaleski diese Forderung aufgriff, wollte er, umgekehrt, die konkreten Verpflichtungen seines eigenen Staates abschwächen und namentlich die Schaffung der ständigen Minderheitenkommission bis zu jenen griechischen Kalenden verschieben, an denen die Verallgemeinerung der minderheitsrechtlichen Verpflichtungen erfolgt sein wird.

Das sensationelle Schlußwort sprach dann Briand in seiner bekannten Rede, deren nationalitätenpolitischer Teil in der deutschen Presseberichterstattung übrigens meist sehr vernachlässigt worden ist. Unter besonderem Beifall von rumänischer und italienischer Seite und unter Benutzung außerordentlich phantasievoller statistischer Ziffern unterstrich Briand in der Minderheitenfrage das großpolitische Motiv. Angetan mit dem pazifistischen Festkleide, das wahrscheinlich noch aus den Zeremonien der Kelloggpaktunterzeichnung stammt, verstieg er sich zu der Formulierung: „Wenn eine Minderheitsstimme sich erhebt, die zu einer Gefahr für den Frieden werden könnte, so würde ich ihr zurufen: Schweige und denke an den Frieden!“ Eine brutalere Verhöhnung der Nationalitäten, die trotz Minderheitenrecht, Völkerbund, internationalen Kongressen, Pazifismus, Paneuropabewegung usw. eine Unterdrückungsmaßregel nach der anderen über sich ergehen lassen müssen, ist kaum zu denken. Man entsinnt sich dabei vielleicht der Tatsache, daß tatsächlich die Behandlung der Klage der lettländischen enteigneten Gutsbesitzer vor dem Völkerbund im vorigen Jahr verhindert wurde, weil Lettland das als eine Bedrohung des inneren und äußeren Friedens bezeichnete. Mit diesem Argument, das von so maßgebender Seite in Genf vorgebracht worden ist, läßt sich schlechterdings jede Debatte über nationalitätenpolitische Fragen abschneiden. So reihen sich die Ausführungen Briands würdig denen von Mello Franco und Politis an, die in den Minderheitenschutzverträgen nur Uebergangsmaßnahmen sahen, die die Assimilation Fremdstämmiger durch ihre Herrscherstaaten nicht verhindern, sondern erleichtern sollen. Hier ist allerdings der Punkt erreicht, den Seipel treffend kennzeichnet: Wir verstehen uns auch da nicht, wo nicht die Sprache die Schwierigkeiten macht.

Suchen wir nunmehr das Ergebnis dieser wichtigen Erörterungen von Genf zusammenzufassen, so dürfen wir nicht als Maßstab die Frage anlegen, ob und in welchem Maße der konkrete Vorschlag einer ständigen Minderheitenkommission beim Völkerbund gefördert worden ist. Wir haben an dieser Stelle von jeher den Standpunkt vertreten, daß der internationale Minderheitenschutz durch den Völkerbund nur eine und noch dazu eine sehr anfechtbare und unbefriedigende Form nationalitätenrechtlicher Regelung darstellt. Da diese Auffassung inzwischen auch bei den meisten maßgebenden auslanddeutschen Führern durchgedrungen ist, hätten wir gewünscht, daß auch die offizielle deutsche Formulierung nicht auf einem bei uns längst überholten Stand steckengeblieben wäre.

Werben Sie bitte für das „Gewissen“

Man wird schon hier die Frage aufwerfen dürfen, welche Vorkehrungen technischer Art der Außenminister Dr. Stresemann in seiner nun schon langjährigen Ministerschaft getan hat, um durch Schulung der Sachbearbeiter innerhalb des Amtes oder durch planmäßige Heranziehung nichtbeamteter Sachverständiger, wie das ja auch auf dem Nachbargebiet, der Schuldfrage, geschehen dürfte, die Beschaffung problemgerechter Unterlagen bei wichtigen offiziellen Aeußerungen der deutschen Außenpolitik auf diesem wichtigen Gebiet sicherzustellen. Im Auswärtigen Amt ist das in erster Linie in Frage kommende Referat bis jetzt Durchgangsposten gewesen, wodurch eine wirkliche Einarbeitung in die schwierigen Spezialfragen für den jeweiligen Sachbearbeiter ein Ding der Unmöglichkeit war. Auch von einer befriedigenden Organisierung eines nichtbeamteten Sachverständigenstabes ist uns nichts bekannt. Dieser Zustand ist umso weniger zu verstehen, als gerade Dr. Stresemann durch Aeußerungen gegenüber den Auslanddeutschen beim Eintritt des Reiches in den Völkerbund ein schweres moralisches Obligo übernommen hat, das die deutsche Vertretung im Völkerbund in wichtigen Punkten, z. B. erst jüngst bei der Besetzung des Postens im Minderheitensekretariat durch einen Spanier, zweifellos nicht eingehalten hat.

Damit rühren wir an die schwerer wiegende Frage, ob diese Hoffnungen, die die deutsche Außenpolitik in den letzten Jahren bei den auslanddeutschen Führern und zum Teil auch bei anderen Nationalitäten erweckt hat, angesichts unserer Machtlage überhaupt realisierbar waren. Der Reichskanzler Müller und mit ihm die deutsche Sozialdemokratie haben in Genf die Erfahrung machen müssen, daß z. B. die Tonart der Löbeschen Anschlußpropaganda Rückwirkungen auf französische Nerven ausgeübt hat, die vorauszusehen waren. Wir wollen in diesem Zusammenhang weder mit Herrn Löbe noch mit seiner Partei über Nuancenfragen rechten, da wir es an sich begrüßen können, wenn gerade die Sozialdemokratie alte Unterlassungssünden nachzuholen beginnt. Zu fragen ist nur, ob eine Partei, die durch einen ihrer prominentesten Führer, der zugleich deutscher Reichstagspräsident ist, dauernd laute Trompetentöne auf dem Gebiete der großen Politik ausstoßen läßt, sich gleichzeitig dem Deutschen Volk als ein besonders günstiger Wortführer in Genf anpreisen und durch seine achtlose Behandlung der Minderheitenfrage volksdeutsche Interessen von großer Tragweite aufs Spiel setzen darf. Wenn bestimmte Töne und Tonstärken im gesamtdeutschen Stimmenkonzert notwendig sind, so ist damit doch noch nicht gerechtfertigt, daß eine Violine plötzlich den Ehrgeiz bekommt, die Rolle der Posaune zu übernehmen, ohne daß der Kapellmeister sich um die Klangwirkung im Ganzen kümmert, und daß dieser sich durch das Zischen des Parketts überraschen läßt.

Wir glauben die Lage nicht zu verkennen, wenn wir feststellen, daß unter einer gewissen Mitverantwortung der offiziellen deutschen Außenpolitik eine erhebliche Versteifung auch auf dem Gebiet der Weiterentwicklung des Nationalitätenrechtes eingetreten ist. Allzu deutlich sind die Lager auseinandergetreten, und wir bezweifeln es, ob gerade das gegenwärtige Kabinett die Rolle, die es in dieser Frage auf sich genommen hat, wirklich wird zu Ende spielen können. Den Anfang des jetzt zur Erscheinung kommenden praktischen Versagens sehen wir schon früher. Jedenfalls haben wir von vornherein im Hinblick auf unausbleibliche Enttäuschungen im auslanddeutschen Lager davor gewarnt, die Minderheitenfrage als Argument für unseren Eintritt in den Völkerbund zu mißbrauchen.

Seit der Briandrede steht fest, daß zwischen allen großen deutschen Lebensfragen: Räumung, Rüstung, Reparation und auch Nationalitätenfrage, zum mindesten psychologisch ein gewisses *Junctim* hergestellt ist, das wir lieber vermieden gesehen hätten. Es liegt nahe, daß sowohl bei einer Fortführung der frankophilen Verständigungspolitik, wie bei einer etwaigen Annäherung an Italien, wie sie selbst Theodor Wolff kürzlich als eine Möglichkeit hinstellte, das amtliche Kurztreten auf nationalitätenpolitischem Gebiet einsetzen wird.

Wir haben diesen Augenblick schon lange kommen sehen und werden uns über sein Eintreten daher nicht wundern. Zu fordern ist aber nun erst recht eine wesentlich stärkere politische Aktivierung der freien Deutschtumskräfte im Feld der gesamtdeutschen Beziehungen, als auch im Zusammenspiel mit anderen Nationalitäten. Wenn das von der offiziellen deutschen Außenpolitik übernommene Obligo amtlicherseits nicht im erhofften Umfang eingelöst werden kann, dann ruht, wofür man auch in der Wilhelmstraße Verständnis haben sollte, eine umso größere Verantwortung auf den autonomen Kräften der Nation, aus denen noch ganz andere Energien herausgeholt werden könnten, wenn die geeigneten organisatorischen Arbeitsvoraussetzungen endlich geschaffen würden.

Rheinbabens Warnung

Angesichts der Angriffe, die die „Frankfurter Zeitung" gegen Prälat Kaas und Freiherrn v. Rheinbaben als Mitglieder der deutschen Delegation in Genf richtet, weil sie bis zuletzt gegen die Abmachungen über Räumungsverhandlungen, Sicherheitsverhandlungen und Reparationsverhandlungen protestiert haben, halten wir es für wichtig, auf die Politik Herrn v. Rheinbabens, die durch verschiedene Veröffentlichungen dokumentiert ist, näher einzugehen*).

Die Schriftleitung

Staatssekretär a. D. Freiherr von Rheinbaben hat vor Jahr und Tag ein mit Dokumenten reich ausgestattetes Buch über die Wege und Ziele der deutschen Außenpolitik unter dem Titel: „Von Versailles zur Freiheit"**) herausgegeben. Das Buch beruht auf intimer Kenntnis der amtlichen Politik, die der Verfasser zum Teil als Delegierter seiner Partei in Genf miterlebt, zum anderen Teil aus den Akten und den engen parteipolitischen Beziehungen zu dem Chef der Volkspartei, dem Außenminister Dr. Stresemann, geschöpft hat. Das Werk wertet in der Hauptsache die Außenpolitik Dr. Stresemanns positiv. Er hält sie seit dem Zusammenbruch des Ruhrwiderstandes und der Annahme der Dawesverträge für zwangsläufig; glaubt auch nicht, daß der Vertrag von Locarno, in dem die Außenpolitik der letzten Jahre gipfelt, zu früh abgeschlossen sei, wie viele Kritiker der Politik Stresemanns meinen. Rheinbabens eigene Kritik beschränkt sich auf die Methode unseres außenpolitischen Verhandelns, in der allerdings der Außenminister nicht frei, sondern durch die innerpolitischen Verhältnisse beschränkt gewesen

*) Zu den Angriffen der „Frankfurter Zeitung" vgl. die Ausführungen der „D. A. Z." Nr. 449 vom 25. September: „Es ist wahr, daß die Zusammenarbeit der

wäre. Auch Rheinbaben meint, daß man aus dem Vertrag von Locarno viel mehr hätte herausholen können und müssen, wenn man in den Gegenforderungen zäher gewesen wäre und zum Beispiel die Unterschriften unter die Verträge von Locarno oder die Anmeldung für den Völkerbund erst dann vollzogen hätte, wenn die Gegenleistungen, wie die Rheinlandräumung, vollendet gewesen wären. Das letzte Kapitel seines Werkes: „Kampf um die Freiheit — ohne Revanche zur wirklichen Befriedigung Europas" ist in seiner pathetischen Eindringlichkeit auf die Psychologie unserer Gegner berechnet. Rheinbaben hat denn auch den Erfolg gehabt, daß dieses Kapitel — im wesentlichen unverändert — unter dem Titel: *„Que vise l'Allemagne?"* durch die Edition Victor Attinger, Paris-Neufchâtel, als dritte Schrift einer Schriftenreihe *„Occident"* in Frankreich verbreitet worden ist. Der zweifellos deutschfreundliche Professor Henri Lichtenberger hat ihm ein Nachwort gegeben, das den Willen zur „Schlußtransaktion" in den Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Frankreich auch von französischer Seite her bekennt.

Inzwischen ist Freiherr v. Rheinbaben aus der Perspektive seines Buches aufmerksam an der Beobachtung unserer Außenpolitik geblieben und hat ein Resumé seiner Einsichten vom Fortgang der Außenpolitik im Jahre 1928 im Juliheft der von Prof. Dr. A. Mendelssohn-Bartholdy herausgegebenen „Europäischen Gespräche" (Verlag Dr. Walther Rothschild, Berlin-Grunewald) veröffentlicht. Man kann nicht sagen, daß Freiherr v. Rheinbaben sich angesichts der damals bevorstehenden Unterzeichnung des Kellogg-Paktes und der Genfer Tagung sehr optimistisch geäußert hat. Und die Ereignisse haben ihm denn auch mehr als recht gegeben. Er hat schon damals hervorgehoben, daß die französische Regierung einem Kabinett Müller nicht freundlicher gegenüberstehen werde, als dem sogenannten Rechtskabinett des Zentrumführers Dr. Marx. Er notiert aus dem *„Temps"* vom 15. Juli den Satz, man solle sich ja nicht einbilden, daß es genügen würde, einen Sozialisten zum Reichskanzler zu machen und Herrn Stresemann in der Wilhelmstraße zu belassen, damit die Alliierten Deutschland alle Konzessionen machen, ohne von ihm als Gegenstück solide Garantien, sowohl auf finanziellem Gebiet wie auf dem der Sicherheit, zu fordern. Rheinbaben spricht ganz nüchtern aus, daß es für Frankreich im Grunde gleichgültig sei, ob Deutschnationale oder Sozialisten in der deutschen Regierung säßen, „insofern nämlich, als es so oder so von Deutschland in der Gesamtheit ganz bestimmte, von Parteikonstellationen völlig unabhängige Dinge als weitere Früchte des Sieges zu erlangen hofft". Unter Bezugnahme auf Poincarés Wahlrede von Carcasson stellt Rheinbaben fest, daß für den Poincaré von 1928 ebenso wie für Briand das Ziel der französischen Politik bleibe: „in Verknüpfung der deutschen Reparationspolitik mit den Schulden Frankreichs an England und Amerika soll bei Festsetzung der deutschen Endsumme Frankreich nach Möglichkeit seine eigenen Schulden loswerden und darüber hinaus noch deutsche Jahreszahlungen erhalten". Nach Räumung des besetzten Gebietes werde ferner eine dauernde Völkerbundskontrolle im Rheinland erstrebt. Im Saargebiet werde man das Aeußerste tun, um entgegen dem Versailler Vertrag und dem einwandfreien Willen der Bevölkerung sich dauernd irgendwie festzusetzen. „Und als neuestes hat die polnische Politik versucht, sich in künftige französisch-englisch-amerikanisch-deutsche Räumungsverhandlungen einzuschalten, um einen endgültigen Verzicht auf friedliche deutsche Revisionswünsche in Bezug auf den Korridor und auf Oberschlesien zu verlangen." Damit hat in der Tat Rheinbaben die französische Politik absolut richtig charakterisiert. Die Ereignisse von Genf haben dieses Programm bestätigt; die Reise Zaleskis nach Paris gilt dem Versuch Polens, in die Sicherheitsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich sich hineinzuschieben. Es ist möglich, daß das letztere den Polen nicht gelingt, aber Rheinbaben scheint uns noch zu optimistisch zu sein, wenn er glaubt, daß die amtliche französische Politik sich vorläufig nur auf den finanziellen Teil all ihrer Wünsche wirklich festgelegt habe und daß sie bezüglich einer Völkerbundskontrolle am Rhein bis auf weiteres die öffentliche Diskussion nur gewähren lasse, ohne einzugreifen. Sie hat — dank dem Ungeschick der deutschen Delegation — sich diese Forderung bereits zu eigen gemacht. Ein so vorsichtiger Kritiker wie der demokratische Dr. Stolper stellt ausdrücklich fest, Deutschland habe nichts, Frankreich alles erreicht, was jetzt in Genf erreichbar war; vor allem habe Briand die Zusage Deutschlands heimgebracht, über ein Sonderregime für das Rheinland zu verhandeln und in eine Sechsmächte-Kommission für das Reparationsproblem einzutreten, der Amerika nicht angehört. In der Kritik über diese Dinge dürfte Rheinbaben nicht nur mit Stolper, sondern auch mit uns übereinstimmen. In seinem Exposé vom Juli hat er *expressis verbis* darauf hingewiesen, daß wir die lebenswichtige Reparationsfrage nur mit Amerika verhandeln dürften. In der Tat wird man jetzt, wie Stolper sagt, alle Hände voll zu tun haben, um die Gefahren abzuwehren, die sich aus diesen beiden Zugeständnissen zu erheben drohen.

Nach Genf ist man mit einem Offensivplan hingegangen und ist zurückgekehrt in eine Situation, die sich nur als verzweifelte Defensive charakterisieren läßt. Diese objektiv feststellbare Tatsache wird nach der poli-

---

deutschen Delegation sich diesmal weniger reibungslos vollzog als bei früheren Gelegenheiten. Außer auf die Abwesenheit Dr. Stresemanns möchten wir diese Tatsache vor allem auf die besonderen Schwierigkeiten in den gestellten Problemen selbst zurückführen. Welches waren aber die Meinungsverschiedenheiten, um die es sich handelte? Der Abgeordnete Kaas hat sich, gleich anderen Persönlichkeiten, mit starkem Nachdruck dafür eingesetzt, daß unter keinen Umständen irgendwelche Ueberwachungskommission für das Rheinland auf unbegrenzte Dauer zugestanden werden solle. Als Rheinländer und als Vertreter der Zentrumspartei hat er damit einen Standpunkt vertreten, der schließlich von der Gesamtdelegation angenommen wurde und der nur gebilligt werden kann. Wer das „eine absolut starre Haltung" nennen will, kann das tun. Wir glauben aber, daß diese starre Haltung, der sich ja auch der Reichskanzler anschloß, sehr nötig war und keineswegs kritisiert werden kann. Die gleiche sachliche Einstellung hat der Reichstagsabgeordnete v. Rheinbaben beobachtet. Ihm wird nun in der „Frankfurter Zeitung" zum besonderen Vorwurf gemacht, daß er, vor getroffener Entscheidung, im Garten des Völkerbundssekretariats eine Pressebesprechung abgehalten und auch noch gegen gewisse Maßnahmen beim Abschluß des Vertragswerkes von Locarno polemisiert habe. Diese sogenannte Pressebesprechung hat in Genf eine sehr große Rolle gespielt und ist von vielen fremden Delegationen gleichfalls beanstandet worden. In Wirklichkeit handelt es sich um eine recht harmlose Sache. Herr v. Rheinbaben wurde in der Halle des Völkerbundes beim Verlassen einer Kommissionssitzung von einigen Pressevertretern um seine Meinung über die schwebenden Verhandlungen gefragt, und erteilte bereitwilligst Auskunft. Da sich, wie in solchen Fällen üblich, bald ein größerer Kreis von Journalisten versammelte, ging man in den Garten hinaus. Eine „Pressebesprechung" unter irgendwelchem angemaßten Vorwand ist das nicht gewesen, sondern eine Unterhaltung mit Pressevertretern, bei der vielleicht nicht jedes Wort besonders auf die Wagschale gelegt wurde."

**) Freiherr v. Rheinbaben „Von Versailles zur Freiheit". Hanseatische Verlagsbuchhandlung. Hamburg.

tischen Seite hin erhärtet auch durch die Ausführungen v. Rheinbabens, der ganz deutlich erklärte, daß keine deutsche Regierung sich auf die Forderungen Frankreichs einlassen könne, und der unter Hinweis auf die wirtschaftliche Abhängigkeit Frankreichs von Deutschland die Offensive in den Fragen der Abrüstung und der Minderheiten, also in den beiden Fragen, in denen Müller sie voranzutragen versuchte, direkt gefordert hat. Und der endlich für diese Offensive noch einen Punkt bezeichnete, den Müller zu ängstlich war, in seine Politik einzubeziehen. Dieser Punkt ist allerdings von solcher Bedeutung, daß wir hier Herrn v. Rheinbaben selbst das Wort geben müssen:

„Ein Drittes aber ist dem Kapitel deutscher Völkerbundspolitik hinzuzufügen: Immer deutlicher bereitet sich eine innere Neugruppierung und Neuorientierung der Mächte vor, je nachdem, ob das im Versailler Vertrag selbst enthaltene Prinzip der Revision ausgebaut oder endgültig beiseite geschoben werden soll. Während Deutschland sich selbstverständlich mit aller Deutlichkeit auf die Seite der Revisionsanhänger geschlagen hat, bekennt sich Herr Poincaré natürlich mit aller Energie und getreu der Tradition der französischen Politik seit 1919 zu der Aufrechterhaltung des *status quo* und gegen jede Regung zugunsten einer Revision der Friedensverträge. Mussolini sprach sich unlängst genau im Gegenteil zugunsten des Revisionsprinzips aus und macht kaum noch verhüllte Anstrengungen, in Deutschland eine Aenderung der wegen Südtirol entstandenen gefühlsmäßigen Entfremdung herbeizuführen. Mächtige Kreise der englischen Publizistik setzen sich in erster Linie für eine Revision des Trianon-Vertrages zu Ungarns Gunsten ein, und genau im Gegensatz dazu bekräftigte die Kleine Entente noch in diesen Tagen die Absicht, auf Gedeih und Verderb zusammenzustehen, um eine Revision des territorialen Status zugunsten von Ungarn zu verhindern. Polen will in diesem Chor nicht fehlen und sieht den Augenblick gekommen, durch den Mund seines Außenministers sich erneut an die französische These anzuhängen, und versucht, wie vorher in Bezug auf Rheinlandräumung und „Sicherheitspolitik" erwähnt, auch von dieser Seite her die erwarteten Verhandlungen von 1929 und 1930 zum Niederkämpfen der deutschen Revisionshoffnung in Bezug auf Korridor und Oberschlesien auszunutzen. So wird der Zeitpunkt vielleicht nicht allzufern sein, an dem Deutschland gezwungen sein wird, auf der Tribüne des Völkerbundes seine eigene Auffassung zum Revisionsartikel 19 des Völkerbundspaktes als eines der Grundprinzipien seiner Außenpolitik zu verkünden. Diese Rechtslage ist einwandfrei und klar und kann weder von Herrn Poincaré, noch von Herrn Zaleski, noch von der Kleinen Entente in Zweifel gezogen werden: Die Friedensverträge enthalten mit absoluter Deutlichkeit Bestimmungen, die unter gewissen Voraussetzungen — Friedensgefährdung — eine Revision, d. h. eine Abänderung bestehender Verträge mit friedlichen Mitteln und ohne Anwendung von Gewalt in einem Völkerbundsverfahren ermöglichen. Daneben müßte bei etwas größerer Ehrlichkeit von den Revisionsgegnern zugegeben werden, daß schon in der Vergangenheit Nationen dadurch entstanden sind oder ihr Territorium vergrößert haben, daß sie Jahre, Jahrzehnte, Jahrhunderte lang „mit friedlichen Mitteln" nach einer Revision bestehender Zustände gestrebt haben. Erst wurden sie getadelt und kritisiert — dann, als sie ihr Ziel erreicht hatten, gefeiert und bejubelt. Soll solches Beispiel vielleicht abschreckend wirken? In unseren Tagen bekennen sich nicht weniger als zwei Großmächte öffentlich und vor aller Welt zu einer Politik, die der anwachsenden eigenen Bevölkerung neuen Lebens- und Betätigungsraum auf dem Territorium anderer Völker gestatten soll. Die eine Macht ist Italien in Europa, die andere Japan in Ostasien. Daneben gibt es eine traditionelle „Monroedoktrin" sowohl für Amerika (Mittel- und Südamerika), als für Großbritannien (Seeweg nach Indien—Aegypten). Besteht denn in England gar kein Verständnis dafür, daß das auf engem Raum in der Mitte Europas zusammengepferchte, bedeutender Rohstoffgebiete und seiner Kolonien beraubte deutsche Volk sich nicht für immer mit dem ihm durch „Versailles" zudiktierten Raum begnügen wird, wenn es seine eigene Lage etwa mit dem des englischen weltweiten Empire vergleicht? Kann ein halbwegs objektiv denkender Franzose sich einbilden, daß man in Deutschland eines Tages die eigene Raumlage nicht auch mit der des reicheren, erheblich weniger bevölkerten, aber mit unermeßlichem Kolonialbesitz bedachten französischen Volkes vergleichen wird? Ist es nicht sonnenklar, daß die von Amerika ausgegangene Bewegung zur Aechtung des Krieges für alle Zeiten unwirksam bleiben muß, wenn nicht untrennbar von solchem ewigen Abschwur der Anwendung von Gewalt Möglichkeiten geschaffen werden, welche die allein schon durch die verschiedene Art, Tüchtigkeit, Volksvermehrung, Wirtschaftskraft usw. entstehenden Spannungen zwischen den Völkern auf friedlichem Wege beheben? Kriegsächtung und friedliche Revisionsmöglichkeiten sind in Wahrheit untrennbare Begriffe, und wenn auch die Wahrheit in der Politik selten geliebt wird, so sollte sich keiner der an den Verhandlungen über den Kellogg-Pakt beteiligten Staatsmänner Illusionen darüber machen, daß Deutschland zwar sicherlich, wie irgendeiner, den Krieg auch in ferner Zukunft zu vermeiden wünscht, daß es aber mit dem Heranwachsen einer neuen, die Schrecken des Weltkrieges nicht kennenden und für Deutschlands Größe begeisterten Jugend erst recht mit allen Kräften für eine Abänderung des Zustandes von Versailles dort sich einsetzen wird, wo das Unrecht von selbst zum Himmel schreit: im deutschen Osten!"

Soweit Herr v. Rheinbaben selbst. Wir fügen noch hinzu, daß er in geistvoller Weise diese deutsche Forderung mit dem Sinn der Kellogg-Politik verbunden hat. Er wird inzwischen erfahren haben, daß durch die englisch-französische Bündnispolitik der Kellogg-Pakt um seine letzten Möglichkeiten gebracht worden ist. Er wird auch zugestehen, daß die Forderung Deutschlands nach Revision der Friedensverträge jetzt nach dem Fiasko von Genf diplomatisch kaum noch vorgebracht werden kann.

In Rheinbabens Ausführungen über die Notwendigkeit einer deutschen Politik zur Revision der Friedensverträge sind auch Perspektiven gezeigt worden in der Richtung, wie sich die Mächte um das Revisionsproblem gruppieren werden. Und so ist es zum Schluß notwendig, auf die Worte Herrn v. Rheinbabens einzugehen, die sich mit der Frage beschäftigen, ob die Wiederkehr größerer Geltung Deutschlands durch irgendeine andere außenpolitische Orientierung (als die von Locarno) erreicht, bzw. beschleunigt werden könnte. Rheinbaben glaubt nicht, daß die deutsch-russische Politik irgendwelche Zukunft habe. Aber er geht noch einmal (siehe oben seine Ausführungen zur Frage der Revision der Friedensverträge) auf das deutsch-italienische Verhältnis ein. Zwischen Italien und Frankreich bilde sich in zunehmendem Maße so etwas wie eine neue Rivalität heraus: „Das faschistische Italien ist ein wichtiger Machtfaktor der europäischen Gesamtpolitik geworden. Das friedliche Deutschland von heute hat alles Interesse, sich auch mit ihm in guten und freundschaftlichen Beziehungen zu befinden. Zu solchen wird es nur dann kommen, wenn beide Länder ähnlich wie in gewissen Zeiten der Vorkriegsepoche in den weitesten Schichten der Völker den Instinkt für ge-

meinsame Interessen empfinden. Ein solcher Zustand besteht heute zweifellos noch nicht. Südtirol, gewisse Hemmungen wirtschaftlicher Natur auf italienischer Seite und ein oft gewolltes Mißverstehen deutscher Ziele und Absichten schufen bisher dem ehrlichen deutschen Annäherungswillen Hindernisse. Jetzt scheint neuerdings von der obersten Spitze — Mussolini — eine neue Parole ausgegeben worden zu sein. Jeder, der Italien wirklich kennt, wird mir recht geben, wenn ich im Sinne der soeben ausgegebenen deutschen Parole allgemeine Zurückhaltung, fürs nächste lediglich eine vorsichtige Fortentwicklung des Verständigungswerkes fordere. Selbstverständlich gibt es sowohl wirtschaftlich, wie in Bezug auf die Brennerfrage, wie schließlich in Bezug auf gemeinsame Arbeit in Genf und überhaupt in den Problemen der kommenden Zeit bedeutsame deutsch-italienische Gemeinsamkeiten. Was jedoch auf deutscher Seite unbedingt vermieden werden muß, ist der Versuch, Italien gegen Frankreich auch in der leisesten Form auszuspielen. In erster Linie stehen wir in den uns naheliegendsten Dingen: Rheinlandräumung, Saarbefreiung, Dawesrevision und östlicher Problematik nach wie vor der französischen und englischen Politik gegenüber und sollten uns davor hüten, die Rolle einer wirklichen Großmacht spielen zu wollen, die wir heute noch längst nicht wieder sind. Aber andererseits könnten wir es nur begrüßen, wenn in einer weiteren Phase der Entwicklung die Politik Italiens es für richtig hält, nicht nur die Freundschaft der englischen zu suchen und der französischen gegenüber bald als „lateinische Schwester", bald — vom „Schicksalsjahr 1935" ab — als kommender Gegner im Kampf um das Mittelmeer zu posieren, sondern in aller Ruhe sich auch die Frage vorzulegen, ob das Verbot des „deutschen Gebetes" in Südtirol wirklich die sonst gegebene Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse für unabsehbare Zeit aufhalten soll."

Wie man sieht, sehr positiv urteilt Rheinbaben auch über die Möglichkeit einer Politik mit Italien nicht. Vielleicht machen ihn die Enttäuschungen von Genf etwas geneigter dazu. Im übrigen macht sich Herr v. Rheinbaben Hoffnung, daß sich bei einer Politik der Zurückhaltung die Stoßkraft der deutschen wirtschaftlichen Expansion auswirken werden.

Walther Schotte

Kritik der Presse

Im kalifornischen Filmland ist der Russenfilm große Mode. Seit Wildwest eng und die Prärie von Eisenbahn und Auto endgültig erschlossen wurde, sucht Amerika Romantik und Geld in anderen Gefilden. Des Zaren Macht und Herrlichkeit, seiner Getreuen blutiger Untergang, der geheimnisvolle, blutumwitterte Umsturz dieses, Europa und Asien erfassenden Reiches regt die transatlantische Phantasie an — und wie in Vorkriegszeiten viele Amerikaner nur deshalb nach Deutschland reisten, um *„The Kaiser"* zu sehen, so drehen sie jetzt, halb mit Ehrfurcht, halb mit zivilisatorischer Ueberheblichkeit, für die Leinwand das Schicksal eines leibhaftigen Großfürsten und Vetters des Zaren: Kommandeur der russischen Armee im Weltkriege und schließlich armseliger Statist im Atelier von Hollywood. Die „D. A. Z." (sie gehört zu den wenigen Zeitungen, welche auch in der Filmkritik sich um einen höheren zusammenfassenden Standpunkt bemühen) beurteilt diesen neuen amerikanischen Film „Sein letzter Befehl" schlecht. Sie hat recht, wenn sie schreibt: „Wenn es für den Pazifismus überhaupt stichhaltige Argumente gibt, dann ist eines der betrüblichsten dieses von der absoluten Beziehungslosigkeit, mit der unsere in allem wieder wohlgenährten Nachkriegsgenerationen dem Kriege gegenüberstehen." — Die „D. A. Z." hat nicht minder recht, wenn sie sich scharf gegen die zeitgeschichtliche Ahnungslosigkeit des Amerikanertums wendet, das jene Europa aufwühlende Geschehnisse mit glatter Fixigkeit filmtechnisch aufmacht, ohne viel vom Geiste, der hinter den Dingen steht, zu verspüren: „Wir sind d[illegible]gegen, daß Leute in Hollywood einem ihrer Atelierarbeit[illegible] die Maske des Zaren Nicolaus vor das Gesicht [illegible]ieber[illegible] die Illusion des bewegten Bildes mißbrauchen und diesen Zar Nicolaus zu einem lächerlichen und verbrecherischen machen, indem sie in einem Zwischentext behaupten, so habe er kindisch an Truppenparaden sich erfreut, während die dazu mißbrauchte Division an der Front ihren Kameraden das Leben hätte retten müssen. Wir heißen es eine Ungehörigkeit, wenn die amerikanischen Filmpoeten deshalb, weil ihnen sonst nichts eingefallen ist, auf der Leinwand ein Telephongespräch inszenieren, in dem aus dem Großen russischen Hauptquartier bei Großfürst Emil Jannings angerufen wird, er solle einen Sturm veranstalten in dem Abschnitt, wo der Zar eine Frontbesichtigung vorhabe." — Aber ist mit diesen immerhin wesentlichen Feststellungen und einem besonderen Lob für den deutschen Schauspieler Jannings das Entscheidende dieses Films herausgehoben? Der Film im allgemeinen ist, trotz aller technischen Vollendung, die er im Lauf der Jahre gewann, das geblieben, was er von Anfang an war: ein Suggestionsmittel der Masse, eine absonderliche Mischung von kitschiger Lebensverklärung und photographierter Wirklichkeit. Damit ist bisher jedem Film die künstlerische Grenze gewiesen. Aber man könnte auch fragen, ob der Film sich überhaupt um künstlerische Richtlinien, etwa im Sinne der Schaubühne, bemühen sollte. Der heutige Film ist jedenfalls im großen und ganzen auf reine Unterhaltung gestellt, das heißt: sein Erfolg hängt in ungleich größerem Maße, als bei Büchern und Theaterstücken, vom Unterhaltungsfluidum ab. So scheint im Sinne höherer Bewertung doch wichtig, inwieweit ein Film sein Publikum mit dem Zauber der Wirklichkeit zu beeinflussen weiß. Vor allem aber, wenn es sich, wie im vorliegenden Falle, um zeitgeschichtliche Anschauungen, um die Darstellung eines politischen Querschnitts handelt, bleibt für den (der nicht in der Verherrlichung des Massenwahns, sondern in der Unterwerfung der dumpfen Instinkte unter einen höheren, an die Idee verpflichteten Willen den Sinn menschlichen Daseins, der Staaten und Völker erkennt) wichtig, inwieweit ein Film, der politische Vorgänge darstellt, dem (sagen wir es einmal offen und primitiv) Guten dient und das Böse verurteilt. Darum geht es kaum an, diesen Film, weil er „Greuelbilder" aus der Bolschewistenzeit bringt, mit dem „Potemkin" zu vergleichen. Denn hier wird nicht, wie in den bolschewistischen Filmen, mit ungeheuerlicher Verfälschung der Wirklichkeit die russische Revolution, die Auflehnung der Masse gegen den Staat, die unter dem Zwang des Hungers und der außenpolitischen Niederlage erfolgte, als der Anfang des kommunistischen Paradieses romantisch verklärt. Hier wird (echt amerikanisch, doch auch wirklichkeitsnäher) im Grunde nichts weiter gezeigt als das Schicksal eines Menschen, der auch als Fürst und Offizier seine Pflicht tat und, obwohl er sie tat oder gerade weil er sie tat, unter die Räder des Schicksals kommt. Wir kommen zum ersten Höhepunkt, der diesen Film des Sehens wert macht, für den Gebildeten wie für den von intellektueller Belastung freien Menschen: der Zug des Großfürsten wird in der Nacht in irgendeiner russischen Stadt auf dem Wege zur Front angehalten; die entfesselte Masse stürmt den Zug (wir ersparen uns die filmromantischen Einzelheiten), und der Großfürst tritt den Anführern entgegen. Sie — weichen zurück, unterwerfen sich, wenn auch nur für Augenblicke,

persönlicher Würde und Tapferkeit. Der zweite Höhepunkt: der nervenzuckende Komparse im Atelier Hollywood, ehemals großmächtiger Großfürst, erhält den Auftrag (auch hier ersparen wir uns die albernen „Vertiefungen des menschlichen Konflikts"), aus einem Schützengraben aus Pappe russische Soldaten zum Sturm zu führen; auf einem Klavier wird die Zarenhymne gespielt, und der elende Komparse erwacht aus seiner Apathie und wähnt sich zurück in die Vergangenheit, wo es um wirkliches Leben und Sterben seines Vaterlandes ging. Auch hier entsteht, über filmische Verlogenheit und verfälschende Romantik hinaus, ein Augenblick echten Gefühls, eine Durchleuchtung äußerer Vorgänge von Innen her, von einer Idee, die mehr ist als die Revolution der Enterbten und Arbeitslosen, des Hasses wider die Besitzenden; und das Verbrechen, das an einem Volke begangen wurde, wird ergreifend sichtbar. Man kann den Amerikanern die Kaltschnäuzigkeit vorwerfen, mit der sie menschliches und vollliches Schicksal unbekümmert in die Sensation ihrer Filme hineindrehen. Sind sie nicht auch darum zu beneiden? Nur durch Brutalität ist wieder jene Beziehung zu einer Vergangenheit herzustellen, die für uns keineswegs Vergangenheit sein sollte. Und es schadet wahrhaftig nichts, wenn einer „wohlgenährten Nachkriegsgeneration" Dinge vorgeführt werden, die sie selbstgefällig überwunden zu haben glaubt.

★

Der letzte Nationalitätenkongreß in Genf hatte die Unzulänglichkeit des Völkerbundes in der Erledigung von Minderheitenfragen überzeugend nachgewiesen und von neuem die Notwendigkeit einer Umstellung, die schon oft erhobene Forderung auf Gründung einer ständigen Minderheitenkommission im Völkerbunde, herausgestellt. In der **„Deutschen Rundschau in Polen"** greift der Generalsekretär des Nationalitätenkongresses Ammende noch einmal auf die bitteren Erfahrung zurück, welche die Minderheiten in Genf machen mußten. Er wird dabei dem Völkerbunde insofern durchaus gerecht, als er, neben dem mehr oder minder bösen Willen maßgeblicher Völkerbundkreise, vor allem die organisatorische Unzulänglichkeit berührt, auf die sich der augenblickliche unhaltbare Zustand gründet. Nur eine ständige Zusammenarbeit von Fachleuten könne eine Aenderung der Methoden im Minderheitenschutz herbeiführen, da weder der Rat noch die Vollversammlung in der Lage sei, sich unmittelbar mit den grundlegenden Fragen zu beschäftigen: „Nun könnte man einwenden, daß in der Minderheitensektion des Völkerbundssekretariats ja bereits schon die zur Vorbereitung der Frage geeignete Stelle gegeben ist. Dieser Einwand ist nicht richtig. Es liegt auf der Hand, daß die Minderheitensektion des Sekretariats, die sich ausschließlich aus Beamten und Funktionären zusammensetzt, nur auf Grund bestimmter Instruktionen und Richtlinien an die Arbeit, das heißt die Behandlung dieser Fragen gehen kann. Andernfalls müßte sie sich mit Recht den Vorwurf einer Aufgabe ihrer Neutralität gefallen lassen. In der Ausarbeitung und Festsetzung dieser Instruktionen und Richtlinien besteht aber gerade eine sehr wesentliche Aufgabe der Kommission. Daraus ergibt sich, daß die kostspielige Minderheitensektion des Sekretariats wirklich fruchtbar und leistungsfähig erst nach Gründung der permanenten Minderheitenkommission als der Plattform und Grundlage für die Arbeiten auf diesem Gebiet gestaltet werden kann. Dann erst wird man die ausgezeichneten Kenntnisse vieler Funktionäre des Sekretariats, die heute brach liegen, wirklich ausnützen können, dann erst wird es sich aber auch darum handeln, die Arbeit dieser Abteilung — und letzteres wird von vielen Beamten des Sekretariats in privaten Unterhaltungen auch zugegeben. — endlich einmal produktiv und auf die Hauptfragen, statt auf die Bagatellen, gerichtet, zu gestalten. Unlängst fand im britischen Oberhause eine Diskussion über die Erfolge resp. die Nichterfolge der heute bestehenden Bestimmungen und Methoden im Minderheitenschutz statt. Mit Recht erklärte der Vertreter des englischen Außenministers, Lord Cushendun, daß eine Aenderung der bestehenden Methoden nur erfolgen könne, wenn vorher ihre Unzulänglichkeit („der Bankrott des bestehenden Systems") erwiesen wird. — Der Lord ist geduldig. Seine Unzulänglichkeit, seinen Bankrott hat das bestehende System wahrhaftig schon allzu gründlich erwiesen. Und man kann dem Minderheitensekretär nur zustimmen, wenn er gerade aus der Aeußerung Lord Cushenduns die Unumgänglichkeit einer ständigen Kommission herleitet, da nur eine solche autoritäre Stelle sich in Genf durchsetzen könnte. Eine solche im System verankerte verantwortliche Instanz aber würde fast zwangsläufig, anders als die vorhandene Sektion des Sekretariats, die grundsätzlichen Formen des Minderheitenrechtes und seine Gesamtverbindlichkeit für alle Staaten, einschließlich der Großmächte, in den Vordergrund stellen. Und das eben fürchtet man! Denn, um nur ein Beispiel zu nennen, die elsaß-lothringische Frage erhielte automatisch ein anderes Gesicht: diese „innerpolitische Angelegenheit Frankreichs" wäre auch formalrechtlich zu einer europäischen Angelegenheit gestempelt, was sie in Wirklichkeit ja seit langem ist.

v. Hippel, Ernst. Der französische Staat der Gegenwart. Verlag Ferdinand Hirt, Breslau. Preis 3.50 RM. — Die Schrift, so heißt es im Vorwort, „sucht den französischen Staat so darzustellen, wie dieser seinen eigenen Bürgern heute erscheint. Das gibt bei der Buntheit möglicher Meinungen keinen einheitlichen Gesichtspunkt und bei der Fragwürdigkeit vieler Zustände durchaus kein Idealbild. Aber wer sieht, wie hinter diesen Formen die Seele eines fremden Volkes arbeitet und lebt, muß auch spüren, wie über das Verstehen ein Weg zur Verständigung führt." Anschaulich und mit der heute zeitgemäßen Freude an der Antinomie werden die vielfach widersprechenden Grundprinzipien dieser konservativen Bürger-Demokratie geschildert, die einmal durch Zufallsmehrheit von einer Stimme sich als Republik konstituierte, statt als Monarchie. Parlamentarismus und Bürokratie, rationalistischer Bürgerfreisinn und nachgiebige Kraft der Ueberlieferung, Formalismus auf dem Papier, aber Vergnügen am Schlendrian... das Allzumenschliche der Institutionen, die staatserhaltende Selbstironie der französischen Nation . . . Soweit ein naturgetreues Bild, flott und mit leisem Humor gezeichnet, das Sympathie weckt und selbst ein Gefühl des Neides auf diese Volksseele, die in der ihr gemäßen Form zufrieden lebt. Die Schrift ist lehrreich, auch wenn man die französische Demokratie *quoad* Demokratie und das deutsche Bild von ihr deutlicher zu unterscheiden lernen will. Ueber mancherlei andere bedeutsame Fragen des französischen Staatslebens freilich findet man nur undeutliche oder gar keine Auskunft. Nationalismus und Imperialismus als Elemente des französischen Staates finden im Plan der Darstellung keinen Raum. Die Aufklärung über Wehrpolitik, Kolonialfrage, Regionalismus, die elsaß-lothringische Frage bleibt merklich gehemmt durch den Wunsch, nicht anzustoßen. Wir zweifeln, ob es im Interesse wirklicher Verständigung liegt, das völkerpsychologische Problem der Rheinland-Savosität und des friedlosen Friedensvertrages von Versailles als Zentralfrage des französischen Staatslebens zu verschweigen — das im Grunde der Kriegsschuldfrage identisch ist: der *probatio diabolica* von der Angriffslust am Rhein. Dieser Problematik auszuweichen, ist ein Mangel des Buches, das der Verständigung durch Aufklärung dienen will.

Heinrich Rogge

Jungkonservativer Klub

Die Veranstaltungen werden im Oktober wieder aufgenommen. Das Sekretariat befindet sich ab 1. Oktober:

Berlin W 8, Pariser Platz 3.